

Nr. 27. Mittag-Ausgabe.

Achtundfünzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 17. Januar 1877.

Deutschland.

0. I. Landtags-Verhandlungen.

3. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 16. Januar).
11 Uhr. Am Ministerium Camphausen, Achenbach, Friedenthal und mehrere Commissarien.

Der Abg. Gadow (Kreisrichter) macht von seiner Ernennung zum Kreisgerichtsrath Mittheilung und bittet eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob infolgedessen sein Mandat erloschen sei. Das Schreiben wird der Geschäftsförderungscommission überwiesen.

Vom Minister des Innern ist der Entwurf eines Gesetzes, betr. die Verpflichtung zum Halten der Gesetzmässigung und des Amtsblattes im Herzogthum Lauenburg, eingegangen.

Der Präsident hat die Abgeordneten Häbler und Clauswitz zu Duastoren ernannt.

Auf der Tagesordnung steht: Entgegennahme von Mittheilungen der Staatsregierung.

Finanzminister Camphausen: Das verflossene Jahr 1876 hat mit vielen Schwierigkeiten zu kämpfen gehabt. Im März vorigen Jahres rückte ein gewaltiger Orkan, der das Land von der westlichen bis zur östlichen Grenze durchzog, gewaltige Verwüstungen in den Forsten an; die Verheerungen waren am grössten in der Rheinprovinz, in der Provinz Hessen-Nassau und in der Provinz Sachsen, wo namentlich das Thüringer Land sehr schwer litt. Im Frühjahr des vorigen Jahres traten die großen Überschwemmungen ein, die die Landesvertretung nöthigten, eine Summe von 6 Mill. M. zur Hebung der dringendsten Schäden zu bewilligen. Gegen Schluss des Jahres ist die Nogat-Niederung von einer schweren Calamität heimgesucht worden, wo wir in diesem Augenblick den Umfang der Schädigung noch nicht kennen. Das ganze Jahr hindurch hat ein schwerer Druck auf Handel und Industrie gelastet. Schon beim Beginn des Jahres bestand er und wurde im Laufe des Jahres verstärkt durch die Ungewissheit über die Lösung der orientalischen Frage, eine Ungewissheit, die leider jetzt noch fortbaut und die Rückkehr in den früheren Zustand erschwert. Außerdem hat die Landwirtschaft im Ganzen und Großen nur mittelmäßige Ernten davongetragen.

Es ergiebt sich aus allen diesen Umständen, dass das Resultat der Finanzverwaltung für das Jahr 1876 ein glänzendes nicht werden konnte und ich glaube, wir haben allen Grund zufrieden zu sein, dass es uns trotz aller dieser Schwierigkeiten gelingen wird, das Jahr 1876 ohne Deficit und mit einem, wenn auch nur geringen Überschuss abzuschließen. Wie sich die Verhältnisse im Einzelnen gestaltet haben, was namentlich bei so complicirten Verwaltungen, wie die Eisenbahnverwaltung, nicht leicht zu übersehen ist, kann ich in diesem Augenblide noch nicht mittheilen. Ich habe in Bezug auf die Resultate dieser Verwaltung gegenüber dem Etat keine ungünstige Meinung; ich habe sie auch nicht in Bezug auf die Bergwerksverwaltung, ich glaube aber, mich einer näheren Darlegung enthalten zu sollen. Eine Ausnahme hieron zu machen, finde ich mich nur hinsichtlich derjenigen Verwaltungen veranlaßt, die unter meiner Leitung stehen, wo ich in der Lage bin, schon früher das Schlussresultat annähernd richtig ermitteln und feststellen zu können. Wenn ich auf diese Verwaltungen meinen Blick werfe, so ist da nach der ungünstigen Seite hin zunächst der Staatsdach zu nennen. Die Einnahmen des Staatsdaches sind im Jahre 1875 schon zurückgeblieben; sie sind für 1876 sehr beträchtlich niedriger veranschlagt, werden aber dennoch für das Jahr 1876 einen Ausfall von 3,000,000 Mark ergeben.

Dem steht gegenüber die Domänen- und Forstverwaltung, bei denen wir für beide zusammen auf einen Überschuss von 2½ bis 3 Millionen M. rechnen können. Am meisten wird dazu die Forstverwaltung beitragen, obschon die Preise der Forstprodukte wesentlich herabgegangen sind und obgleich derselben eine hohe Mehrausgabe zur Last fällt, welche durch die Ausarbeitung der durch den Sturm niedergeworfenen Bestände veranlaßt worden sind. Wir haben ferner zu erwarten, dass sich bei dem Capitel „Erlös aus Ablösungen und Verkäufen“ eine Millionen Mark mehr ergeben wird, dass die directen Steuern 1,000,000 Mark mehr einbringen (Hört! Hört!), und dass die indirecten Steuern nicht hinter dem Ansatz zurückbleiben werden, obgleich die Stempelsteuer einen Ausfall von 1½ Millionen erleidet. In Bezug auf die Stempelsteuer möchte ich darauf aufmerksam machen, dass in dieser Steuer, die so sehr vom Verkehrsleben und seiner Gestaltung abhängig ist, doch anzugeht, sich ein besserer Zustand auszuweisen. Während die Einnahmen den Ansätzen und auch den Erwartungen nicht vollständig entsprachen, ist doch gegen 1875 eine Mehreinnahme von 500,000 Mark eingetreten, und das berechtigt, glaube ich, zu der Hoffnung, dass wir für die Zukunft wiederum auf bessere Einnahmen rechnen dürfen.

Ehe ich nun zu dem Etatsentwurf für das Jahr 1877 bis 1878 übergehe, möchte ich noch vorher auf einen Punkt Ihre Aufmerksamkeit lenken, nämlich auf den Stand der Eisenbahnbaute und der für die Beschaffung der Geldmittel erforderlichen gewesenen Maßnahmen. Die Überlieferung über die Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1875, die Ihnen schon am Tage der Eröffnung des Hauses vorgelegt wurde, ergiebt, dass das Jahr 1875 bei den Eisenbahnbaute mit Vorschüssen bei verschiedenen Conten abgeschlossen hat, die sich auf 61,910,521 Mark beliefen, denen an Beständen bei anderen Conten 8,488,990 Mark gegenüberstanden; jondoch hatte dieses Conto einen aus den bereitesten Mitteln der Staatskasse geleisteten Vorschuss von 53,441,531 Mark in Anspruch genommen. Auf einen so großen Vorschuss würde sich die Finanzverwaltung nicht haben einlassen können, wenn nicht damals der Zutreffung der Landesvertretung 25,220,400 Mark für die Eisenbahnbaute bestimmt worden. Indessen neben dem Vorschussquantum, was Ende 1875 für die Eisenbahnbaute verausgabt war, traten nun im Laufe des Jahres 1876 sehr bedeutende neue Ausgaben. Wir haben einschließlich der Bahn Halle-Kassel, wofür 42 Millionen Mark zu verausgaben waren, 110,723,314 Mark zu verausgaben gehabt; dies mit dem Vorschussbetrag zusammengerechnet, giebt eine Verwendung von 164,164,845 Mark. Wir haben nun, wie ich schon erwähnte, diese Beträge in Höhe von etwa 25 Millionen beschafft aus der Abfindung der Bant. Es sind auch einige kleine Posten realisiert worden, namentlich bei den Staats-actienkapitalienfonds. Wir haben am Schluss des Jahres einen Vorschuss auf diesem Conto gebahnt von etwa 16½ Millionen Mark. Den Hauptbetrag, der mehr als 120 Millionen Mark umfasst, haben wir durch Realisierung von Staatsanleihe-Obligationen bedeckt müssen. Das ist in der Weise geschehen, dass schon im Beginn des Jahres mit der Veräußerung von 4% prozentigen Obligationen im Detailverkehr durch Vermittelung der Seehandlung vorgegangen ist.

Es sind nämlich auf diesem Wege 4½ prozentige consolidierte Anleihen im Nominalbetrag von 23,351,450 Mark veräußert worden und wir haben daraus, abgesessen von der Vergrößerung für bereits fällig gewordene Zinsen einen Geldbetrag von 24,432,283 Mark entnommen. Außerdem ist dann gegen die Mitte des Jahres ein großes Finanzgeschäft gemacht worden. Wir haben uns entschlossen, eine vierprozentige Anleihe auf den Markt zu bringen, wie ich dazu ja durch die vorangegangenen Gesetze völlig freie Hand erhalten hatte. Diese vierprozentige Anleihe im Gesamtbetrag von 100 Millionen Mark ist durch die Vermittelung von angesehenen Bankhäusern negoziert worden zu dem Preise von 96 Millionen Mark. Sie wird also dem Staat eine Zinsenvergrößerung von 4% Prozent kosten; die Anleihe-Operation ist vollständig abgewickelt, das Geld ist — oder war vielmehr in unseren Kassen (Heiterkeit), die letzte Mark ist bereits verausgabt. Indem ich hierauf hinweise, will ich nicht unterlassen, daran zu erinnern, dass durch die verschiedenen Gesetze, die früher ergangen sind, die Verwaltung Ende 1876 noch im Besitz von realisierbaren Creditforderungen bis zur Höhe von 417,638,000 Mark war und dass wir bei dem fortschreitenden Bau der Eisenbahnen mehr und mehr zur Realisierung eines mehr oder weniger großen Theils dieser Crédite werden übergehen müssen. Ich gehe auf diese Verhältnisse ein, weil mir scheint, dass sie ein allgemeines Inter-

esse darbieten, dann aber auch, weil natürlich nicht übersehen werden darf, dass die Zeit, wo der Eisenbahnbau wesentlich aus Capitalien befreit wurde, für die eine besondere Zinsvergrößerung nicht zu leisten war, vorbei und nunmehr seit Jahresfrist der Zeitpunkt eingetreten ist, wo die Eisenbahnbaute nur geleistet werden können durch Aufnahme von Capitalien, deren Verzinsung zwar nicht bei der Eisenbahnverwaltung hervortritt, aber bei dem Kapitel der öffentlichen Schulden sich fühlbar macht.

Nun lassen Sie mich zu dem Etatvoranschlag für 1877/78 übergehen. Da sind zunächst hervorzuheben die Einnahmen, welche auf 651,413,934 M. veranschlagt sind, sie bleiben gegen den Voranschlag für 1876, der sich auf 651,429,400 M. belief, um den geringen Betrag von 15,466 M. zurück. Die Ausgaben sind im Ordinarius veranschlagt auf 631,075,787 M., sie geben über die Ausgaben im Ordinarius, die für das Jahr 1876 veranschlagt waren und die sich auf 619,160,118 M. beliefen, um 11,915,669 M. hinaus. Die Ausgaben im Extraordinarius sind dagegen diesmal zu 20,338,147 M. veranschlagt; sie waren im Etat für 1876 veranschlagt auf 32,289,282 M.; sie bleiben mithin um 11,931,135 Mark gegen den Voranschlag für das Jahr 1876 zurück. Was nun die Einnahmen betrifft, so würden dieselben nicht allein ebenso hoch, sondern um beinahe 9 Millionen höher als für das Jahr 1876 haben veranschlagt werden können, wenn nicht zwei Posten hindernd in den Weg treten. Erstens war der Ueberüberschuss, der dem Jahre 1876 aus dem Jahre 1874 zugeschürt werden konnte, um 4,576,687 M. grösser als der Ueberüberschuss, der aus dem Jahre 1875 für das Jahr 1877/78 zur Disposition gestellt werden kann. Zweitens tritt der Umstand hinzu, dass die schon 1876 so sehr reduzierten Einnahmen des Staatsdaches im Voranschlag für das Jahr 1877/78 nunmehr um 4,396,470 M. haben ermässigt werden müssen, für welche beiden Posten, die doch eigentlich in die Kategorien der laufenden Einnahmen nicht so unbedingt gehören, also ein Ausfall von 8,973,157 M. in runder Zahl von etwa 9 Millionen eintritt.

Gehen wir auf die Betriebsverwaltungen ein, so ergiebt sich, dass unter den Einnahmen, abgesehen von einem Posten bei der Seehandlung, wo die Einnahme um 450,000 Mark ermässigt worden ist, hauptsächlich nur zwei Verwaltungen Mindereinnahmen aufzuweisen haben; die eine dieser Verwaltungen ist die Verwaltung für Berg-, Hütten- und Salinenwesen; da werden wir die Bruttoeinnahme um 2,802,000 Mark niedriger veranschlagen müssen wegen des fortwährenden Sintens der Kohlenpreise, während andererseits die Produktion nicht herabgegangen, sondern gestiegen ist. Wir haben ferner eine Mindereinnahme von 1,216,300 M. in Ansatz bringen müssen bei der Münzverwaltung, weil bekanntlich die bisherige in so grossem Umfange bewirkte Ausprägung von neuen Reichsmünzen nunmehr sich beträchtlich vermindert. Dagegen treten bei den übrigen Betriebsverwaltungen im Ganzen genommen Mehreinnahmen von 10,149,915 M. hervor, und zwar speziell bei der Domänenverwaltung 602,000 M., bei der Forstverwaltung 1,690,000 M., bei dem Erlös aus Ablösungen von Domänen gefällen, dem dreijährigen Durchschnitt entsprechend, eine Erhöhung von 900,000 M., bei den directen Steuern eine Mehreinnahme von 2,267,000 M. Vielleicht hat es ein Interesse, wenn ich bei den directen Steuern etwas näher auf das Verhältnis eingehe. Ich bemerke deshalb, dass bei den directen Steuern eine Erhöhung eintritt: bei der Gebäudesteuer von 903,000 M., bei der classificirten Einkommensteuer von 917,000 M., bei der Gewerbesteuer von 679,000 M., bei der Grundsteuer von 157,000 M., und dass Mindereinnahmen nur in Aussicht genommen sind mit einem kleinen Betrage bei der Klassensteinsteuer von 115,000 M. und mit einem grösseren Betrage bei der Eisenbahnabgabe von 320,000 M. Summa summarum werden also die directen Steuern 2,267,000 M. mehr ergeben.

Bei den indirekten Steuern finden wir diesmal Mehreinnahmen nicht. Wir haben nämlich, nachdem nun drei Jahre hindurch die Stempelsteuer den Betrag, auf dem wir sie so lange festgehalten haben, nie erreicht hat, doch geglaubt, uns entschließen zu sollen, die Einnahmen gegenwärtig den Verhältnissen entsprechend, bei der Stempelsteuer um 1,500,000 Mark zu ermässigen, dagegen bei der Erbschaftssteuer um 800,000 Mark zu erhöhen, im Ganzen also einen Ausfall von 700,000 Mark in Aussicht zu nehmen. Ich bemerke dabei, dass dieser ermässigte Satz im Jahre 1876 wahrscheinlich nicht vollständig, aber doch nahezu eingehen wird. Wir haben ferner bei den indirekten Steuern auch unsere Ausgaben um einen nicht unbeträchtlichen Posten erhöhen müssen, indem wir geglaubt haben, für die Ausstattung und die Bekleidungsgegenstände der Zollaufseher und Steueraufseher einen nicht unbeträchtlichen Mehrposten in Aussicht bringen zu sollen.

Wir haben dann ferner auf eine Mehreinnahme zu rechnen bei der Eisenbahnverwaltung von 4,142,955 Mark, und von dieser Mehreinnahme werden an Mehrüberschuss fallen auf die Staatsbahnen 3,605,121 Mark. Dieser Mehrüberschuss wird nun aber lange nicht hinreichen, um den höheren Betrag an Zinsen zu übertragen, den wir, wie ich das später bei dem Etat der Hauptverwaltung der Staatschulden darlegen werde, verwenden müssen. Im Ganzen genommen stellt sich bei den sogenannten Betriebsverwaltungen, alle Mindereinnahmen abgerechnet, doch noch eine Mehreinnahme von 5,681,378 Mark heraus, und da hinsichtlich der Ausgaben dieser Verwaltungen die Mehrausgaben bei der einen Verwaltung durch Minderausgaben bei der anderen so ziemlich sich ausgleichen werden und im Ganzen nur eine Mehrausgabe von 121,855 Mark in Aussicht genommen zu werden braucht, so stellt sich ein Mehrüberschuss bei den Betriebsverwaltungen heraus von 5,559,523 Mark.

Was die übrigen Einnahmen betrifft, so ist herzuheben, dass sich bei den Gerichtskosten eine Mehreinnahme heraustrahlt von 2,562,900 M., der dann aber natürlich auch eine sehr beträchtliche Mehrausgabe von 1,643,300 Mark gegenübersteht, so dass aber doch ein Mehrüberschuss verbleibt von 919,600 Mark.

Was nun die Ausgaben betrifft, so habe ich bereits an die Mehrausgaben des Justizministeriums erinnert, und ich möchte nun etwas eingehender die Mehrausgaben darlegen, die in der Hauptverwaltung der Staatschulden werden eintreten müssen. Diese sind ausgeworben mit dem Betrage von 7,524,000 M.; doch fallen dieselben nicht jämmtlich auf die höhere Verzinsung. Auf die Mehrausgaben für Verzinsung fallen 6,312,531, dagegen auf die Mehrausgaben für Tilgung 1,154,157 M. Bei dem letzten Posten ist daran zu erinnern, dass in der Tilgung ein durchlaufender Posten vor kommt, wo die erhöhte Tilgung zugleich eine erhöhte Einnahme bei der allgemeinen Finanzverwaltung zur Folge hat und zwar in dem Betrage von 225,176 M.; die übrigen Beträge erhalten zum Theil dadurch ihre Begründung, dass nach dem Plan der Tilgung für die Prämieneinlage im Jahre 1877/78 eine grössere Summe zur Verwendung gelangt. Der bei weitem wichtigste Posten ist natürlich die erhöhte Ausgabe für die Verzinsung der neu aufgenommenen und der noch weiter neu aufzunehmenden Anleihen; denn für diesen Bedarf ist im diesjährigen Etat ebenfalls Vorratung getroffen.

Im Uebrigen, meine Herren, tritt bei dem Staatsministerium bei den Ausgaben eine formelle Änderung her vor, indem wir einen Betrag von 461,584 M., der bisher im Extraordinarius stand, nunmehr in das Ordinarius übernehmen; es ist dies von mir im vorigen Jahre ausführlich erörtert worden. Was die sonstigen Mehrausgaben betrifft, so machen diese selben, einschließlich des genannten Postens von 7,524,000, bei der Hauptverwaltung der Staatschulden im Ganzen den Betrag von 11,915,669 Mark aus und die Mehrforderungen verteilen sich so ziemlich auf alle Verwaltungen. Ich glaube Sie hier mit den Details nicht behelligen zu sollen — die gedruckten Etats werden im Laufe des Tages in Aller Händen sein — und ich will daher nur einige Einzelheiten hervorheben. Im Handelsministerium ist für technische Lehranstalten ein Mehrbetrag von 315,576 Mark in Ansatz gebracht, bei dem Ministerium des Innern ist für die Landgendarmarie 185,000 M., für Strafanstalten 282,000 M. mehr in Anspruch genommen, bei dem Landwirtschaftlichen Ministerium für landwirtschaftliche Lehranstalten u. s. w. 305,000 M. mehr, bei der Gestütarbeitung sind 246,000 M. Mehrausgaben angefestzt. Auf das Cultusministerium fällt ein Mehrbetrag von 174,266 M., worunter das Clementar-Unterrichtswesen mit

441,965 M. figurirt, während für Gymnasien und Realschulen 127,000 M. gefordert werden.

Was nun das Extraordinarium betrifft, so mache ich darauf aufmerksam, dass der Minderbetrag von 11,931,135 M. gegenübersteht einmal der Betrag von 1½ Million M. für die Ausführung der Grundsteuerregulierung, wofür wir in diesem Jahre eine Summe nicht mehr aufgenommen haben; wir werden Ihnen den Voranschlag unterbreiten, diese gesammte Ausgabe auf einem anderen Wege zum Ausdruck zu bringen — dass ferner abzuheben sein würden die 461,584 M. für die Mehrverwendung, die bloß den Platz gewechselt haben, und die nun in das Ordinarius gebracht sind. Macht man diese Abzüge, dann ist die Mehrverwendung, die in Aussicht genommen wird, 9,969,000 M., also in runder Summe nahezu 10 Millionen, und von diesem Betrage haben wir entfallen lassen auf die Ausgaben im Handelsministerium und zwar für die Eisenbahnverwaltung nahezu 5 Millionen Mark. In Bezug auf einen Theil dieser Ausgaben ist die Frage vorbehalten, ob wir, da es sich dabei um productive Capitalanlagen handelt, vielleicht uns einen Credit geben lassen für die Ausführung derselben im Wege der Staatsanleihe. Bei allen anderen Ministerien befrüchtet sich die Reduktion auf weniger wie eine Million. Im Ganzen werden, wie ich schon angeführt, 20,338,147 Mark zur Verwendung in Aussicht genommen. Meine Herren! es liegt mir am Herzen, bei dieser Verminderung der Ausgaben im Extraordinarium der Ansicht vorzubeugen, als wenn nur etwa die Ausgabe für extraordinaire Zwecke in den Jahren 1877/78 sich auf die ebengedachte Summe bezieht; das würde ich niemals lebhafter bedauert haben, als in diesem Augenblick, wo viele Gründe dafür sprechen, dass der Staat mit seinen öffentlichen Unternehmungen nicht zurückbleibt. Das wird aber auch in keiner Weise darin bestehen, dass wir weniger Neues in Angriff nehmen und dass dagegen mit verstärkter Energie das bereits Begonnene zu Ende geführt werden kann. (Beifall.)

Wir haben — und Sie gestatten mir vielleicht, noch dies etwas näher darzulegen — in Bezug auf die Extraordinarien Erfahrungen gemacht, von denen es ganz wünschenswerth ist, wenn sie auch in weiteren Kreisen verbreitet. Ich habe hier eine Übersicht, was wir für die Extraordinarien in den verschiedenen Jahren in Aussicht genommen haben und was dann successiv zur Verwendung gekommen ist. Im Jahre 1870, dem ersten Etat, bei dessen Aufstellung ich mitgewirkt habe, belief sich das Extraordinarium auf 17,545,000 M.; in jenem Jahre waren noch an früher unverwendete Bestände vorhanden 6,780,948 M.; es konnten also verwendet werden 24,386,000 M.; es blieben in diesem Jahre, dem Kriegsjahr, unverwendet 10,232,000 M. Im Jahre 1871 wurden neu bewilligt 18,525,000 M.; da am Ende des Jahres 1870 noch ein Rest von ca. 10 Millionen M. verblieben waren, so waren 28,747,000 M. verfügbar; davon wurden 20,000,000 Mark verwendet; es blieb ein Rest von 8,900,000 M. Im Jahre 1872 wurden bewilligt 38,976,000 M.; es waren also mit den Restbeständen verwendbar 46,000,000 M.; unverwendbar blieben 14,798,000 M. Mit dem Jahre 1873 beginnt die Reihe der geplanten Jahre (Heiterkeit); es wurden für das Extraordinarium bewilligt 70,350,000 M.; dazu traten die Restbestände mit 14,798,000 M.; es waren also 85,000,000 M. verwendbar; unverwendbar blieben 26,267,000 M. Das Jahr 1874 hat über das größte Extraordinarium — der Bewilligung nach — zu verfügen; es belief sich auf 102,000,000 M. (davon 24,000,000 M. aus der Kriegscontribution); es trat der Rest von 26,000,000 M. hinzu; verwendbar waren also 128,000,000 M.; es ist nur etwas über die Hälfte verwendet worden und blieben 62,500,000 Mark unverwendet. Im Jahre 1875 wurde ein Extraordinarium von 80,000,000 M. aufgebracht; dazu noch die Restbestände, so dass über 142,000,000 M. in diesem Jahre verwendbar waren; in diesem Jahre wurde nicht einmal die Hälfte verwendet, sondern es blieb am Schluss ein Bestand von 81,372,000 M. (Hört! Hört! lints.)

Die höchste Verwendung, die in irgend einem Jahre stattgefunden hat, beläuft sich auf 66 Millionen Mark. Für 1876 war also der geringe Betrag, den wir ausgebracht haben, von 32,000,000 M. nicht maßgebend, sondern es trat der Rest von 81,000,000 M. hinzu, so dass das Jahr 1876 im Ganzen 113,000,000 M. zur Verfügung hatte. Wie

Sachsen und dem letzteren diejenige für den Regierungsbezirk Düsseldorf verliehen.

[Se. Majestät der Kaiser und König] nahm heute Vormittag 11 Uhr in Gegenwart des commandirenden Generals des Garde-Corps, Sr. Königlichen Hoheit des Prinzen August von Württemberg, des Gouverneurs, Generals der Infanterie, v. Boyen und des Commandanten, General-Majors v. Neumann, militärische Meldungen entgegen, empfing den Polizei-Präsidenten v. Madai und den Oberst-Kämmerer Grafen v. Redern zum Vortrage, und arbeitete hierauf längere Zeit mit dem Chef des Militär-Gabinetts, General-Major von Albedyll.

Um 1½ Uhr Nachmittags wurde das neu gewählte Präsidium des Herrenhauses in besonderer Audienz empfangen.

[Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] war gestern bei einem Vortrage des evangelischen Vereins anwesend. Den Kammerherndienst bei Ihrer Majestät haben übernommen die Königlichen Kammerherren Graf vom Hagen und Herr v. Klinkowström. (St. Anz.)

○ Berlin, 15. Jan. [Prinzessin Carl.] — Landes-Decomone-Colegium.] Das Bestinden der Prinzessin Carl scheint hoffnungslos zu sein, so daß ein tödlicher Ausgang der Krankheit schon in naher Zeit erwartet wird. — In der letzten Sitzung des Landes-Decomone-Colegiums wurde über verschiedene Anträge verhandelt, von denen diejenigen zur Annahme gelangten, welche darauf hinausgingen, daß in dem Gesetz vom 6. Juni 1870 die Aenderung zu treffen sei, daß der Verlust des Unterstützungs-Wohnsitzes durch zweijährige ununterbrochene Abwesenheit nach vollendetem 21. (statt wie jetzt 24.) Lebensjahr eintrete, und daß eine Bestimmung getroffen werde, dahin gehend, daß der Verlust des Unterstützungs-Wohnsitzes auch durch Entlassung aus dem Unterthanen-Verbande und thatsächliche Auswanderung herbeigeführt werde.

△ Berlin, 16. Jan. [Die Abgeordnetenhaus. — Reichstagsswahlen.] Der Finanzminister Camphausen hat heute mit der ihm seit längerem eigenthümlichen Miene des müden, Ruhe ersehenden Staatsmannes bei Übergabe des Budgets seine alljährliche Budgetrede gehalten, — schlicht und recht, und wenig interessant und ohne allen Humor. Mit den preußischen Finanzen steht es gut, trotz der schlechten Zeiten, — das wissen Alle, die vorurtheilsfrei prüfen und urtheilen. Der Finanzminister ist außerdem in der sonderbaren Lage noch 417 Millionen Mark realisierbarer Eisenbahncrediten in der Tasche zu haben, Dank der seltsamen Freigebigkeit der früheren Landtage, „Gründungen des Abgeordnetenhauses“, rief Richter dazwischen, der mit dem größten Theile seiner Freunde allerdings gegen Berlin-Weißlar und andere Gründungen zweifelhaften Werthes seiner Zeit vergeblich aufgetreten ist. — Der Staatshaushaltsetat selbst, mit allen seinen Anlagen ist bereits heute Abend unter die Abgeordneten vertheilt. —

Nachdem jetzt alle Reichstagsswahlen bekannt sind, stellt sich noch weit mehr heraus, daß nur die Socialdemokraten und alle sonstigen Interessenvertreter, also Agrarier und Schutzbüllner und Ultramontane Urtache haben, sich über den Ausfall der Wahlen zu freuen. Der Jubel der „Nationalzeitung“ und der „Nationalliberalen Correspondenz“ über die Verluste der Fortschrittspartei war verfrüht. Die Fortschrittspartei kann, wenn ihr die Stichwahlen günstig sind, noch auf ihre frühere Stärke kommen; bei der nationalliberalen Partei ist diese Möglichkeit nicht mehr vorhanden; überdies schmuggeln sich immer neue dissolute Elemente — Conservative, Zünftler, Nichtsals-Schutzbüllner u. s. w. in die Fraction ein. Zählt man die preußischen Sätze, welche die nationalliberale Partei in stelem Ringen mit den Conservativen und der Landesregierung inne hatte, so findet man, daß sie aus der Mehrzahl dieser Plätze herausgeworfen ist oder sie in engerer Wahl behaupten muß. In Preußen allein zähle ich, daß von 31 solcher Plätze 15 verloren und nur 8 erhalten sind und über 8 eine Stichwahl schwankt. Aber gerade solche Plätze geben der nationalliberalen Partei ihr Gepräge als liberale Partei; fallen sie fort, — was bleibt da fibrig?

Meine vorgestrige Liste der künftigen Reichstagssfraction der deutschen Fortschrittspartei hatte einige Irrtümer. Ich berichtigte sie dahin: Gewählt sind (ohne Berger und Baumgarten) ihrer 16: in Ostpreußen Franke, v. Saucken-Julienfelde, Hillmann, Pannec, in Brandenburg (Berlin) Düncker, in Schlesien Ullrich, in Schleswig-Holstein Hönel, in Nassau Höls und Schulz-Delitzsch, in Baiern Herz, in Sachsen Eysoldt, in Württemberg Schwarze, in Kleinstaaten Wiggers (Mecklenburg), Träger (Reuß), Hofmann (Rudolstadt), Haussmann (Lippe); in engere Wahl stehen (außer Dr. Gerhard) 20, nämlich in Preußen Bernhardt in Tilsit, Dicker in Königsberg, Müller-Jagodin in Sensburg, Haussburg in Elbing; in Brandenburg Hirsch (Berlin I.), Klop (Berlin II.), Herz (Berlin III.), Haussmann-Westhavelland, Hermes (Bautz-Belzig), Dr. Mendel (Nieder-Barnim), Wöllmer (Teltow-Beeslow); in Schleswig-Holstein Dr. Meier (Schleswig); in Westfalen Richter (Hagen); in Schlesien Hönel (Breslau); in Baiern Erhard (Dinkelsbühl) und Frankenburger (Nürnberg); in Sachsen Fränkel (Zittau) und Walter in (Nossen); in Württemberg Peter (Eßlingen) und in Hessen-Darmstadt Büchner (Darmstadt). Von den engeren Stichwahlen sind drei gegen Socialdemokraten, eine gegen einen Ultramontanen, 7 gegen Conservative und 9 gegen Nationalliberale auszusehen; bei 14 befindet sich der Fortschrittsmann in der Majorität und nur bei 6 in einer meist nicht erheblichen Minderheit.

[Im Bestinden der Prinzessin Carl] ist eine entschiedene Wendung zum Schlimmeren eingetreten. Nach den letzten Nachrichten haben die Ärzte kaum mehr Hoffnung auf Erhaltung des Lebens der hohen Patientin, welche ungäbige Schmerzen zu erdulden hat. Der Assistenzarzt des Geheimrath Wilms, Dr. Schütte, welcher gemeinsam mit Herrn Geh. Rath Wilms die Patientin behandelt, befindet sich seit einiger Zeit ununterbrochen Tag und Nacht in unmittelbarster Nähe der hohen Kranken, die seit einigen Tagen keine andere Nahrung als Eispudding in kleinen Quantitäten zu sich nehmen kann. Die Prinzessin ist seit etwa vierzehn Tagen bettlägerig, trotzdem ihr jetzige Leiden — ein bösartiges Magengeschwür — bereits seit drei Wochen in sehr acuter Weise sich geltend gemacht hat. In ihrer jetzigen schlimmen Form trat die Krankheit gerade zu Tage, als die Kaiserin ihre Schwester besuchte. Die Prinzessin wurde bei einer Promenade innerhalb des Palais ohnmächtig und mußte zu Bett getragen werden. Die Ärzte hegen, wie erwähnt, die denkbar ernstesten Besorgnisse für die Kranke, deren neunundsechzigster Geburtstag in einigen Wochen, am 3. Februar, und deren fünfzigjähriges Vermählungsfeier am 26. Mai bevorsteht.

[Die Stellung Deutschlands auf der Konferenz.] Der „R.-A.“ schreibt: „Durch die auswärtige Presse gehen in neuerer Zeit Gerüchte über eine angebliche Sonderstellung, welche Deutschland auf der Konferenz eingenommen habe oder einnehmen wolle. Der Ursprung solcher Gerüchte ist vornehmlich auf die „Agence Havas“ zurückzuführen. In allen diesen Nachrichten ist kein wahres Wort. Deutschland vertreibt jetzt ebenso wenig wie früher direkte politische Interessen in Konstantinopel und hat nicht mehr, eher weniger Grund als die anderen Mächte, auf Beschleunigung der schwedenden Verhandlungen zu dringen oder in denselben Forderungen aufzustellen, welche über das Maß der von den übrigen Mächten festgehaltenen hinausgingen. Der deutsche

Vertreter in der Konferenz hat nach wie vor den Auftrag, sich allen Schritten seiner Collegen anzuschließen und, falls die Pforte auf der Ablehnung der gemeinsamen Forderungen beharren sollte, mit den anderen Botschaftern Konstantinopel zu verlassen. Sein Verhalten hat tatsächlich genau diesem Auftrage entsprochen und die entgegengesetzten, vorzugsweise aus französischen Quellen stammenden Nachrichten beruhen auf tendenziösen Lügen.“

[Patente.] Preußen. Dem Ingenieur Gustav Maack in Köln ist unter dem 9. Januar d. J. ein Patent auf eine durch Zündung und Beschreibung erläuterte Expansions-Worrichtung für Dampfmaschinen auf drei Jahre, von jenem Tage an gerechnet und für den Umfang des preußischen Staates, ertheilt worden.

Sachsen. Auf fünf Jahre, 5. December 1876, Nicolaus Kayser, Höchst a. M. und August Kayser und Johann Baptist Helwig, Frankfurt a. M., Manometerherstelleramt; 13. December 1876, Karl Beikel, Köln a. Rh., Biercylinder-Expansions-Dampfmaschine; 13. December 1876, Joseph Bertheim, Bornheim, atmosphärische Gasmaschine; 14. December 1876, Julius Böhlig, Siegen, neue Dampfkesselconstruktion; 21. December 1876, Gebr. Eichhoff und Reinhold Arbold, Bochum, Fangvorrichtung für Förderkörbe.

[Seitens des Reichs-Eisenbahn-Amts] ist bei den Verwaltungen verschiedener, von Berlin nach Oderberg, Bodenbach, Frankfurt a. M. und Köln v. durchgehenden Routen angeregt, daß Fahrpersonal zunächst bei den Express- und Courierzügen von der Anfangs- bis zur Endstation vom 15. Mai d. J. ab durchgehen zu lassen. Aus der Durchführung dieser Maßregel würde für die Reisenden der große Vortheil erwachsen, daß die Billetrevisionen in Breslau, Leipzig, Eisenach, Minden in Fortfall kommen, welche, namentlich soweit sie in die Nachtzeit fallen, als eine recht unangenehme Belästigung empfunden werden.

Köslin, 15. Jan. [Einen interessanten Wahlsatz] hat der Gemeindevorsteher Treptow in Schwessin bei Köslin (in Hinterpommern) erlassen. Derselbe lautet: „Es wird noch erinnert, daß am 10. d. M. die Reichstagswahl stattfindet und beginnt Vormittag um 10 Uhr und wird um 6 Uhr Nachmittag geschlossen, in den Stunden hat jeder, der sich zur Wahl betheiligt, den Wahlzettel bei mir am Wahlstube abzugeben. Diejenigen, die noch keinen Wahlzettel von mir erhalten haben, die auf den Landrath von Gerlach-Parsow lauten, können noch welche von mir erhalten. Die Wahlzettel, die ich aus meinen Händen vertheilt habe, werde ich sehen, ob auch Gebrauch wird gemacht werden. Wahlvorsteher bin ich ernannt im Verhinderungsfalle ist der Schöpfe Kubow ernannt. Dieser Zettel ist schnell weiter zu befördern im unterlassen 3 Mark Strafe von leichten an mich bis zu 10. d. M. zurück in unterlassen 2 Mark Strafe. Schwessin, den 7. Januar 1867. Der Gemeinde-Vorstand. Treptow.“ — Die Sache wird wohl im Reichstage zur Sprache kommen.

Stuttgart, 15. Jan. [Bezüglich der Haltung der württembergischen Regierung gegenüber den Justizgesetzen.] bringt der „Staats-Anzeiger für Württemberg“ unterm 14. d. M. nachstehende bereits im Auszug gemeldete offizielle Erklärung:

In einer gegen die Regierung gerichteten, auch in württembergische Blätter übergegangenen Correspondenz der „Neuen Frankfurter Presse“ vom 6. Januar „aus Württemberg“ findet sich folgender Passus: „Neuerdings gefielte sich nun noch die besondere Miethaltung über das Zustandekommen der Justizgesetze hinzu. Hatte man doch bis zuletzt auf das Scheitern derselben gerechnet und in dieser Erwartung einen Liberalismus zur Schau getragen, der den thatächlichen Zuständen in Württemberg wenig entspricht. Der Abschluß des Compromisses mit gänzlicher Umgebung des mittelstaatlichen Minister — nur der bairische und badische Justizminister waren eingeweiht — hatte natürlich den Groß über die Zurückziehung nur noch gestiegen. Kein Wunder, daß man jetzt daran ausgeht, soweit der Einfluß der Regierung reicht, nur Werkzeuge des Gouvernements in den Reichstag zu schicken.“

Bei der großen und allgemeinen Bedeutung der Reichs-Justizgesetzgebung ist es am Platze, derartigen Verdächtigungen und Unwahrheiten sofort entgegenzutreten. Deshalb möge Folgendes hier erklärt sein:

Dass die württembergische Regierung, so viel an ihr lag, das Zustandekommen der Justizgesetze auch ihrerseits gefördert, und daß der Vertreter der Regierung in Berlin für die Erzielung einer Einigung persönlich lebhaft sich interessirt hat und thätig war, ist eine den maßgebend gewesenen Personen wohlbekannte Thatache, welche von zuständig und unterrichteter Seite nicht in Abrede gezozen werden wird. Gänzlich unwahr und grundlos ist die Insinuation, daß bei Abschluß des Compromisses der württembergische Minister im Vergleich mit anderen Collegen irgend eine Zurückziehung erfahren hätte. Die Bevollmächtigten sämtlicher im Justizausschuß des Bundesrats vertretenen Regierungen haben zu einer Zeit, wo man den Unterhändlern aus dem Reichstage gegenüber noch nicht gebunden war, vor dem Abschluß des Compromises also, über den Inhalt derselben von befreundeter Seite Kenntnis und ihr Votum abzugeben Anlaß erhalten.

Auf den übrigen Inhalt des Artikels, welchen nach früheren Erfahrungen weitere Ausbrüche des leicht zu errathenden Verfassers nachfolgen werden, wird man zu geeigneter Zeit zurückkommen.“

Stuttgart, 16. Jan. [General von Schwarzkoppen] ist aus Anlaß seines fünfzigjährigen Dienstjubiläums von Sr. Majestät dem Kaiser Wilhelm zum Chef des 8. Westfälischen Infanterie-Regiments Nr. 57 ernannt worden.

Franreich.

Paris, 14. Januar. [Die Haltung Deutschlands in der orientalischen Frage.] Die Blätter, welche den Feldzug gegen die deutsche Politik im Orient eingeleitet haben, denken jetzt, schreibt man der „R. A.“, auf den Rückzug, aber derselbe wird so eingerichtet, daß die Unschuldigungen wo möglich doch hängen bleiben sollen. Zu den einleitenden Manövern rechnen wir eine schon vorgestern erschienene Depesche der „Estafette“, welche meldete, Herr v. Werther habe zu Anfang der Woche zum Bruch treiben „wollen“, sei aber durch die Bitten seiner Collegen davon abgehalten worden. Der „Daily Telegraph“ erklärt: Fürst Bismarck sehe jetzt, daß er sein Spiel zu früh verraten und gebe es auf. Mit Hilfe solcher Andeutungen soll also jetzt die öffentliche Meinung dazu gebracht werden, festzuhalten, daß Deutschland den Frieden habe tören wollen, daß es aber an der Ausführung seines Projekts (vermutlich auch die Inspizienten des „Telegraph“ und der „Estafette“!) gehindert worden sei. Das ist die bekannte Manier Don Basil's und seiner Klatschgenossen. Hier bleiben die „Debats“, wenn auch heute in etwas gemilderter Form, bei ihrer alten Aufschlissen Form trat die Krankheit gerade zu Tage, als die Kaiserin ihre Schwester besuchte. Die Prinzessin wurde bei einer Promenade innerhalb des Palais ohnmächtig und mußte zu Bett getragen werden. Die Ärzte hegen, wie erwähnt, die denkbar ernstesten Besorgnisse für die Kranke, deren neunundsechzigster Geburtstag in einigen Wochen, am 3. Februar, und deren fünfzigjähriges Vermählungsfeier am 26. Mai bevorsteht.

[Die Stellung Deutschlands auf der Konferenz.] Der „R.-A.“ schreibt: „Durch die auswärtige Presse gehen in neuerer Zeit Gerüchte über eine angebliche Sonderstellung, welche Deutschland auf der Konferenz eingenommen habe oder einnehmen wolle. Der Ursprung solcher Gerüchte ist vornehmlich auf die „Agence Havas“ zurückzuführen. In allen diesen Nachrichten ist kein wahres Wort. Deutschland vertreibt jetzt ebenso wenig wie früher direkte politische Interessen in Konstantinopel und hat nicht mehr, eher weniger Grund als die anderen Mächte, auf Beschleunigung der schwedenden Verhandlungen zu dringen oder in denselben Forderungen aufzustellen, welche über das Maß der von den übrigen Mächten festgehaltenen hinausgingen. Der deutsche

Vertreter in der Konferenz hat nach wie vor den Auftrag, sich allen Schritten seiner Collegen anzuschließen und, falls die Pforte auf der Ablehnung der gemeinsamen Forderungen beharren sollte, mit den anderen Botschaftern Konstantinopel zu verlassen. Sein Verhalten hat tatsächlich genau diesem Auftrage entsprochen und die entgegengesetzten, vorzugsweise aus französischen Quellen stammenden Nachrichten beruhen auf tendenziösen Lügen.“

[Zu den öffentlichen Gebeten.] welche heute in der Notre-Dame-Kirche stattfanden, hatte sich die ganze officielle Welt von Paris eingefunden. Nur der Gemeinderath von Paris und der Generalrat des Seine-Departement, die anticlerical sind, waren nicht officiell vertreten. Dagegen hatten sich alle Gerichtshöfe, der Staatsrat, die Oberbeamten der Ministerien, alle übrigen Körperschaften und eine Unzahl von Offizieren eingefunden. Vor der Kirche war eine ziemlich bedeutende Truppenmacht gesammelt, in welcher alle Waffengattungen der Armee von Paris vertreten waren. Im Innern der Kirche versah die Gardes de Paris (Pariser Stadtolden) den Dienst. Der Erzbischof von Paris stand der Feierlichkeit vor.

[Opernball.] Ein Fest anderer Art fand gestern in der großen Oper statt. Man gab dort den ersten öffentlichen Opernball. Alles, was lebenslustig in Paris ist, hatte sich dazu eingefunden, und fast die ganze fremde Diplomatie und deren Damen sahen sich das Schauspiel aus der Loge des Marschalls Mac Mahon an, die ihnen zur Verfügung gestellt war. Das Innere des Saales gewährte einen prächtigen Anblick. Im Ganzen herrschte eine ziemlich heitere Laune, und selbst unter den Senatoren, Deputirten und sonstigen sogenannten „Hommies sérieux“, die ziemlich zahlreich vertreten waren. Eine große Anzahl Damen der wirklichen Monde hatte sich ebenfalls eingestellt. Diese waren natürlich alle in Dominos. Das Hauptinteresse bestand in dem Wettkampf zwischen dem Wiener Johann Strauss und Metra. Letzterer ließ das Publikum tanzen und Ersterer führte in den Pausen mit dem nämlichen Orchester seine Compositionen auf. Beide wurde von dem Publikum großer Beifall gezollt, obwohl die Compositionen von Strauss nicht den Eindruck machten, welchen man erwartete.

[Restoration der Tuilerien.] Die von dem Baurath Christopher eingeführte Commission für die Frage der Restauration des Tuilerien-Schlösses hat, wie das „Journal officiel“ meldet, in einer gestern abgehaltenen Sitzung folgendes Gutachten einstimmig zum Beschuß erhoben: 1) Der noch aufrecht gebliebene Theil des Schlosses soll erhalten und restaurirt, dabei sollen aber 2) nur die Außenmauern und die sonst nötigen Stützmauern, das Dach und äußere Holzwert, die Grundmauern und Terrassen wiederhergestellt und befestigt, jeder der beiden Pavillons mit einer Seitenfassade ausgestattet, endlich um das ganze Gebäude zu einem Gartenparterre angelegt. 3) diese Arbeiten so befreunzt werden, daß sie bis zum 1. Mai 1878 fertig sind, 4) das so wiederhergestellte Schloß soll bis auf Weiteres zu einem Kunstmuseum dienen. — Der Minister wird, wie das amtliche Blatt anzeigt, demnächst einen Gesetzentwurf dieses Inhalts im Senat einbringen, welcher die Frage zuerst in die Hand genommen hatte.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 16. Jan. [Criminaldeputation. — Falsche Anschuldigung.] Der auf der Anklagebank befindliche Kaufmann Moritz J. ist einer jener Geschäftsinhaber, welcher ohne öffnen Laden, durch Ausübung seines Gewerbes im Umherziehen einen ziemlichen Absatz mit möglichst geringen Geschäftsspielen hat und um deshalb, nach seiner Behauptung „am billigsten nur gute Ware“ verkaufen kann. Allein dieser Handel hat auch recht ungemeine Seiten, davon weiß J. ein Liedchen zu singen. Seit langer Zeit pries J. in den Bürgerwerber liegenden Käfern seine Handelsartikel — meist Cigarren — an und erworb sich dadurch einen ausgedehnten Kundenkreis. Der Eintritt in die Kaserne war ihm als alten Bekannten stets gern gestattet worden, nur eines Tages im September v. J. verlangte der den Eintritt in die Kaserne beauftragende Wachtmeister, die vorherige Meldung bei dem Wachtmeister, J. war nicht im Besitz einer von der Commandantur oder dem Regiments-Commando ausgestellten Karte, durch welche ihm der Verkehr in der Kaserne gestattet werden kann, aber wohl bekannt mit dem in der Kaserne gehaltenen Gebrauch, sagte er dem Wachtmeister, dem Gefreiten Richter „der Feldwebel R. N. habe ihn bestellt.“ Richter, trotzdem streng an seiner Instruction festhaltend, gab einen Mann zur Begleitung mit und controlirte schließlich selbst das Treiben des J. — Anstatt jenen Feldwebel zu besuchen, ging J. mit den Cigarren von Stube zu Stube, weshalb ihm Richter den Aufenthalts in der Kaserne verbot. J. legte sich aufs Bett, allein dies half Alles nichts, er wurde schließlich auf Befehl des R. an die Luft gefetzt. Damit wäre die Sache abgethan gewesen, wenn nicht J. Genugthuung für die erublute Behandlung und das gestörte Geschäft für notwendig erachtet hätte. Er teilte also dem Regiments-Commando die Sachlage in einem höflichen Anschreiben mit und wollte die nach seiner Meinung unrechtmäßige Handlungsweise des Wachtmeisters insbesondere dadurch dokumentiren, daß er schrieb, „der Gefreite habe 1 Sgr. auf Schnaps von ihm verlangt und nur weil er dieses Verlangen nicht erfüllt, verbot ihm R. den Aufenthalts in der Kaserne.“ — Das Regiments-Commando veranlaßte nunmehr Recherchen und war die Folge, daß der Brief der Königlichen Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung zugeschickt wurde. Diese erhob Anklage gegen J. aus § 164 und 165 des Strafgesetzes. Der § 164 bestimmt „Gefangenstrafe nicht unter einem Monat“ für denjenigen, welcher bei einer Begehung einer strafbaren Handlung oder der Verlezung einer Amtspflicht beschuldigt wird.“ Durch das Zeugnis des Gefreiten Richter, sowie des vom Angeklagten vorgetragenen Entlastungszeugen Schuhmachermeister Beckert wurde überzeugend befunden, daß R. keine Anforderung für Schnaps an J. gestellt. Der Gerichtshof erkannte demnach, weil durch diese Angabe allerdings R. wider besseres Wissen beschuldigt wird, für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige Handlung Gefreite verlangt zu haben, auf das niedrigste Strafnach von 1 Monat Gefangenstrafe und ertheilte dem Angeklagten auf Kosten des Verurtheilten zu veröffentlichen.

A. E. Breslau, 16. Jan. [Handwerker-Verein.] Den längeren Cyclus seiner Vorträge über die verschiedenen Vorgänge im menschlichen Organismus beschloß Herr Dr. Juliusburger am gestrigen Vereinsabend vor sehr zahlreicher Zuhörerschaft mit einer ebenso interessanten als durchaus populären Belehrung über den wichtigsten jener Prozesse, „das Atmen“. Nach eingehender, theilweise durch Zeichnungen an der Tafel veranschaulichter Darstellung der bei der Respiration im Organismus sich vollziehenden Vorgänge und ihrer Consequenzen, der Blutcirculation, Ernährung und Erwärmung, demonstrierte der Vortragende den Mechanismus der Atmung, als deren Agens der im Gehirn liegende, die Fortsetzung des Rückenmarks bildende Nervus phrenicus zu betrachten ist. Eine lehrreiche, durch humoristische Bemerkungen vielfach gewürzte Erklärung der wesentlichsten Inspirations- und Expirations-Geräusche (Schlucken, bzw. Husten, Niesen, Lachen sc. sc.) sowie der aus der Combination beider Acte bestehenden Neuuerungen (Seufzen, Gähnen) schloß der Vortrag, der von lebhaften Beifallsbezeugungen des aufmerksamen Auditoriums.

Berliner Börse vom 16. Januar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

	Wechsel-Courses.		
Consolidierte Anleihe.	100,10 bz	8 T. 3	160,50 bz
do. die 1876.	95,40 bz	2 M. 3	168,70 bz
Staats-Anleihe.	95,70 bz	—	20,34 bz
Blaats-Schuldscheine.	92,75 bz	3 T. 2	81,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855.	142,50 bzG	3 T. 3	245,50 bz
Berliner Stadt-Oblig.	105 B	3 M. 6	245,50 bz
Berlauer.	101,70 B	8 T. 6	245,50 bz
Pommersche.	83,25 bz	8 T. 6	161,25 bz
do.	96,25 bzG	2 M. 4/2	160,25 bz
do.	102 B	—	—
do. Lndsch.Crd.	41/2	—	—
Posenische neue.	94 50 bzG	1 Aachen-Maastricht	4 20,90 bz
Schlesische.	84,75 bz	—	4 80,00 bz
Landschafts-Central.	95,10 bz	—	4 104,25 bzG
Kur. u. Neumärk.	95,25 bz	21/2	4 23,50 bzG
Pommersche.	95 G	—	4 24 bz
Posnische.	95,20 bz	—	4 168,50 bz
Preussische.	95 G	10	fr.
Westfäl. u. Ehein.	89,60 bz	—	4 79,00 bzG
Sächsische.	96,20 bz	3	4 119,25 bz
Schlesische.	95,30 bzG	6	5 68,30 bzG
Badische Präm.-Anl.	121 bzG	5	4 69,40 bz
Bayerische 4% Anleihe	123,75 bz	5	4 160,30 bz
Östl.-Mind.-Prämiensche.	108,25 bz	10	5 —
Sächs. Rente von 1876	70,90 bz	do. Lit. B.	5 —
Kurh. 40 Thaler-Loose	245 bzG	Cuxhaven, Eisenb.	0 6 —
Badische 35 FL-Loose	139 bzG	Dux-Bodenbach.	0 4 7,40 bz
Braunschweig. Präm.-Anleihe.	85 bzG	Gal. Carl-Ludw.-B.	6 83,75 bz
Oldenburger Loose	133,40 bz	Halle-Sorau-Gub.	0 4 13,90 bz
Ducaten —	—	Hannover-Altenb.	0 4 15,50 bz
Sover. 20,34 bz	Fremd. Bkn. —	Kaschau-Oderberg.	41/2 5 34,40 bzB
Napoleons 16,22 bzG	einl. Leip. —	Oberschl.-Mark.	5 5 41,10 bz
Imperials —	Oest. Nordwest.	Oesterr.-Fr. St. B.	6 4 176,25 bz
Dollars —	do. Silbergd. 185,25bz	Oest. (Süd.) Lomb.	5 5 180,00 bzB
Russ. Bkn. 252,99 bz	Röppen.	Ostpreuss. Södb.	6 4 104,90 bzG
Wiener Silberfauldr.	5	Rechte-O.-U.-Bahn.	6 4 165 bz
5	5	Reichenberg-Pard.	41/2 4 42,75 bz
5	5	Rheinische.	8 4 110,00 bz
5	5	Reichenb.-Nah.-Bahn.	0 4 91,70 bz
5	5	Rumän. Eisenbahn.	21/2 4 12,50 bzG
5	5	Schweiz-Westbahn.	0 4 14,40 bz
5	5	Stargard - Posener.	41/2 4 22,25 bz
5	5	Thüringer Lit. A.	8 4 100,90 bzB
5	5	Warschau-Wien.	7 4 123,00 bz
5	5	—	4 182,00 bz
5	5	Eisenbahn-Stamm-Aktionen.	—
5	5	Berlin-Görlitzer.	5 5 57 bz
5	5	Berliner Nordbahn.	— fr.
5	5	Breslau-Warschau.	0 5 —
5	5	Halle-Sorau-Gub.	0 5 36,60 bzG
5	5	Hannover-Altenb.	0 5 36,25 bzG
5	5	Kohlberg-Falkenberg.	0 5 33 bz
5	5	Magdeburg-Halberst.	6 5 68,50 bzG
5	5	Magdeburg-Leipzig.	14 4 —
5	5	Mainz-Ludwigsh.	6 4 95,75 bzG
5	5	Niederschl.-Mark.	4 4 25,75 bz
5	5	Oberschl.-A.C.D.E.	10 4 128,00 bzB
5	5	Oest. do.	18 4 129,60 bz
5	5	Oesterr.-Fr. St. B.	6 4 396,38 bz
5	5	Oest. Nordwest.	5 5 189,50 bz
5	5	Oest. (Süd.) Lomb.	0 5 123,50 bz
5	5	Ostpreuss. Södb.	6 4 24,75 bz
5	5	Rechte-O.-U.-Bahn.	6 4 165 bz
5	5	Rheinische.	4 4 10,00 bz
5	5	Reichenberg-Pard.	41/2 4 91,70 bz
5	5	Rheinb.-Nah.-Bahn.	0 4 12,50 bzG
5	5	Rumän. Eisenbahn.	21/2 4 14,40 bz
5	5	Schweiz-Westbahn.	0 4 22,25 bz
5	5	Stargard - Posener.	41/2 4 100,90 bzB
5	5	Thüringer Lit. A.	8 4 123,00 bz
5	5	Warschau-Wien.	7 4 182,00 bz
5	5	—	Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Aktionen.
5	5	Berlin-Görlitzer.	5 5 57 bz
5	5	Berliner Nordbahn.	— fr.
5	5	Breslau-Warschau.	0 5 —
5	5	Halle-Sorau-Gub.	0 5 36,60 bzG
5	5	Hannover-Altenb.	0 5 36,25 bzG
5	5	Kohlberg-Falkenberg.	0 5 33 bz
5	5	Magdeburg-Halberst.	6 5 68,50 bzG
5	5	Magdeburg-Leipzig.	14 4 —
5	5	Mainz-Ludwigsh.	6 4 95,75 bzG
5	5	Niederschl.-Mark.	4 4 25,75 bz
5	5	Oberschl.-A.C.D.E.	10 4 128,00 bzB
5	5	Oest. do.	18 4 129,60 bz
5	5	Oesterr.-Fr. St. B.	6 4 396,38 bz
5	5	Oest. Nordwest.	5 5 189,50 bz
5	5	Oest. (Süd.) Lomb.	0 5 123,50 bz
5	5	Ostpreuss. Södb.	6 4 24,75 bz
5	5	Rechte-O.-U.-Bahn.	6 4 165 bz
5	5	Rheinische.	4 4 10,00 bz
5	5	Reichenberg-Pard.	41/2 4 91,70 bz
5	5	Rheinb.-Nah.-Bahn.	0 4 12,50 bzG
5	5	Rumän. Eisenbahn.	21/2 4 14,40 bz
5	5	Schweiz-Westbahn.	0 4 22,25 bz
5	5	Stargard - Posener.	41/2 4 100,90 bzB
5	5	Thüringer Lit. A.	8 4 123,00 bz
5	5	Warschau-Wien.	7 4 182,00 bz
5	5	—	Ausländische Fonds.
5	5	Oest. Silber-R. (1./1.-1./7.	41/2 54,70 bz
5	5	do. 1./4,1/10.	54,70 bz
5	5	do. Goldrente.	4 61,00-61,10 bz
5	5	do. Papierrente.	4 49,60 bz
5	5	do. Lott.-Anl. v. 60.	97,60 bzG
5	5	do. Credit-Loose.	29,20 bz
5	5	do. 64er Loos.	245,39 bz
5	5	do. do. 1866.	145,90 bz
5	5	do. Bod.-Cred.-Pfd.	70,50 bzG
5	5	do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfd.	78,50 G
5	5	Russ.-Poln. Schatz-Ob.	47,75 bz
5	5	Poln. Pfndbr. III. Em.	70,20 bz
5	5	Poln. Liquid.-Pfdbr.	62,90 B
5	5	Amerik. rückz. p. 1881	105,10 bzG
5	5	do. do. 1885	101,50 etbG
5	5	do. do. 1886	102,25 bz
5	5	do. do. 1887	98 G
5	5	do. do. 1888	50,20 bzG
5	5	do. do. 1889	31,25 bz
5	5	Bank-Papiere.	—
5	5	Allg. Deut. Hand.-G.	0 4 24,90 G
5	5	Anglo Deutsch.-Bk.	3 4 43,00 bz
5	5	Berl. Kassen.-Ver.	17,7 4 65,00 bzB
5	5	Berl. Handels-Ges.	5 4 68,20 bzG
5	5	do. Prod.-u.-Hds.-B.	9 4 80,60 bz
5	5	Braunschaw.-B.	6 4 97,60 bzG
5	5	Bresl. Disc.-Bank	6 4 85,00 bzG
5	5	Bresl. Makl.-Ver. B.	4 4 —
5	5	Bresl. Wechsler.	4 4 71,50 G
5	5	Coburg. Cred.-Bk.	21/2 4 67,10 bz
5	5	Danziger Priv.-Bk.	4 4 116,10 G
5	5	Darmst. Credit.	6 4 99,75 etbG
5	5	Darmst. Zettelk.	5 4 97,00 bz
5	5	Dautsche Bank.	3 4 60,50 bzG
5	5	do. Reichsbank.	4 4 123,50 bz
5	5	do. Hyp.-B. Berlin.	7 4 91,80 etbG
5	5	Disc.-Comm.-Anth.	7 4 106,30 bz
5	5	do. ult.	7 4 106,75-75 bz
5	5	Genossensch.-Bnk.	5 4 88,00 G
5	5	do. Junge	5 4 25,00 G
5	5	Gwb. Schusteru. C.	0 4 4 G
5	5	Goth. Grundreuter.	8 4 102,00 bzG
5	5	Hamb. Vereins-B.	4/3 4 117,00 G
5	5	Hannov. Bank.	67/15 4 101,60 B
5	5	Händl. Ver.-Bank.	5/4 4 79,18 G
5	5	Lußw. B. Kwieck.	6 4 62,00 bzB
5	5	Leipz. Cred.-Aust.	7 4 91,60 bz
5	5	Luxemburg. Bank.	6 4 91 bzG
5	5	Magdeburg.-B.	4 4 123,00 G
5	5	Moldau. Lda.-Bk.	9/4 4 91,60 bzB
5	5	Nordd. Bank.	6 4 123,00 G
5	5	Nordd. Grunder-B.	9 4 123,00 G
5	5	Overlausitzer Bk.	2 4 50 G
5	5	Oest. Cred.-Act.	5 4 228,50-29,50
5	5	Oest. Prov.-Bank.	2 4 99,40 bz
5	5	Pr. Bod.-Cr.-Act.	8 4 94,90 bz
5	5	Pr. Cent.-Bod.-Cr.	9 4 116,60 B
5	5	Sächs. Bank.	10 4 118,75 bz
5	5	Sächs. Cred.-Bank.	5 4 94 G
5	5	Schl. Bank.-Verein.	5 4 86,75 B
5	5	Schl. Vereinsbank.	5 4 89,40 G
5	5	Thüringer Bank.	5 4 70,90 G
5	5	Weimar. Bank.	9 4 41,75 G
5	5	Wiener Unionsb.	28/7 4 74,80 B
5	5	In Liquidation.	—
5	5	Berliner Bank.	— fr. 88,00 G
5	5	Berl. Bankverein.	0 5 45 M. pr. St.
5	5	Berl. Lombard-B.	— fr.
5	5	Berl. Prod.-Makl.-B.	5 5 57,50 G
5	5	Berl. Wechsler-B.	— fr.
5	5	Centr. f. Genos.	4 4 96,00 G
5	5	Deutsch. Unionsb.	0 5 86,00 bzG
5	5	Hannov. Diac.-Bk.	61/2 4 95,25 bzG
5	5	Hessische Bank.</	